

Kommentar zum Artikel von Thomas Straubhaar in FINANZ und WIRTSCHAFT, in der Ausgabe vom 16. Juni 2007

Thomas Straubhaar, Schweizer und Leiter des *Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Instituts*, schreibt in *Finanz und Wirtschaft* über das bedingungslose Grundeinkommen. Mit seinen klaren Aussagen könnte er dazu beitragen, das Grundeinkommen auch in der Schweiz stärker in die öffentliche Diskussion zu bringen. Das allerdings hält er für überflüssig.

Straubhaar verbindet das bedingungslose Grundeinkommen mit einer Steuerrechtsänderung, nach der alle auf alle Arten von Einkünften einen Steuersatz von 50 % zahlen. Wer 12000 SFr verdient, zahlt 6000 SFr Steuern, wer 4000 Sfr verdient zahlt 2000 SFr Steuern.

Die Höhe des Grundeinkommens setzt er beim Existenzminimum an. Als angenommene Zahl: 2000 SFR. Alle Sozialleistungen werden im Gegenzug gestrichen, tarifliche Mindestlöhne und Kündigungsschutz auch.

Die Bedingungslosigkeit des Grundeinkommens schließt ein, dass auch Vermögende es erhalten. Straubhaar erklärt dazu, dass das Grundeinkommen als ausgezahlter Steuerfreibetrag zu verstehen sei. Denn einen wie heute anrechenbaren Steuerfreibetrag gibt es bei der von ihm vorgesehenen Flat Rate Tax nicht mehr.

Heikel wird es, wo Thomas Straubhaar von der ökonomischen Gesetzmäßigkeit spricht, dass ein niedriges Grundeinkommen niedrige Steuersätze erlaubt, was beides zur Erwerbsarbeit anreizt, ein hohes Grundeinkommen hohe Steuersätze verlang, was beides den Anreiz zu Arbeiten senkt. Wobei fraglos ist, dass die erste Variante die gewollte ist.

Heikel ist das, weil der revolutionäre Gedanke an der Stelle wieder nur der alte Gedanke ist, und sich das Revolutionäre in sein Gegenteil verkehrt. Der alte Gedanke ist: alle sollen einem Job nachgehen. Aber flexibler und für weniger Geld als heute. Die Leute tun nichts, wenn sie nicht müssen. Müssen heißt: aus finanziellen Gründen. Die Sozialleistungen zu streichen und das Grundeinkommen so niedrig wie möglich zu halten bedeutet, dass alle zusehen müssen, wie sie einen Erwerbsarbeitsplatz bekommen, zu was für Bedingungen auch immer.

Unterm Strich ist das Revolutionäre dann die Sanierung der Staatskassen – denn das Grundeinkommen spart alle Transfers plus ihrer Verwaltung ein – und die Legitimation für Billigstjobs und schnellen Rauschmiss.

Die angebliche ökonomische Regel ignoriert, dass Erwerbsarbeitsplätze schwinden, die Versorgungslage aber bestens ist, und dass viel neue Arbeit ansteht, die noch außerhalb des Erwerbs steht. Die Ökonomische Regel ignoriert das Revolutionäre. Sie verschärft den Zwang zur Erwerbsarbeit und die Entmündigung. Was sollte sie anderes tun. Der entscheidende Punkt beim bedingungslosen Grundeinkommen ist eben, ob der Mensch aufsteht, oder ob solche Regeln den Gewinn schlucken.

Betrachtet man die vielen Tätigkeiten, die kaum Einkommen generieren und doch die Ökonomie tragen, die vielen Ausfälle, die ein Starren auf den Erwerb als alleine seligmachend verursacht, die Kosten des Vorbeisehens am Menschen, die fehlende Nachhaltigkeit und die Orientierungslosigkeit durch das Festhalten an mechanistischen Anreizsystemen, so zeigt sich, dass die angebliche ökonomische Regel gerade nicht ökonomisch ist. Gerade das niedrige Grundeinkommen ist unökonomisch. Es lässt nur mal wieder sehr kurzfristig höhere Gewinne zu und lässt auf Kosten der sogenannten Schwachen sparen. Erst ein Grundeinkommen, das nicht aus dieser Richtung gedacht ist, bei dem nicht Niedrig sondern Hoch gut ist, das den Charakter des Menscherechtes an die Spitze stellt, kann auch zu einer wirtschaftlichen Belebung führen. Das Revolutionäre ist doch, dass die Zeit reif ist für mehr selbstbestimmte, freie Lebensführung und Tätigkeit aus eigenem Wollen.

In der Schweiz, betont Thomas Straubhaar, ginge es nicht um solch eine revolutionäre Umstellung, da genüge ein evolutionäres Vorgehen. Die Evolution ist doch, dass die alten Anreizsystem allmählich überwunden werden, dass Arbeit nicht blockiert wird, wo sie noch kein Einkommen generiert, dass Entwicklung, Evolution vom Menschen gemacht wird. Nicht vom Anreizsystem, nicht von Sparmaßnahmen.

Enno Schmidt

www.initiative-grundeinkommen.ch